



Pressemitteilung

Donnerstag, 27. Februar 2014

Wissenschaftler bescheinigen der Stadt Norderstedt intensive Bürgerbeteiligung innerhalb der „ZukunftsWerkStadt“

Norderstedt. Nachhaltige Stadtentwicklung funktioniert nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger mitreden. Zu diesem Ergebnis kommt die Initiative Wissenschaft im Dialog. Die Wissenschaftler hatten die Bürgerbeteiligungsprozesse innerhalb des bundesweiten Projekts „ZukunftsWerkStadt (ZWS)“ untersucht – darunter auch die Aktivitäten zur Einbindung der Menschen in Norderstedt. Die Stadt Norderstedt gehört zu den 15 ausgesuchten Kommunen in Deutschland, deren Ideen zur nachhaltigen Zukunftsgestaltung innerhalb der „ZukunftsWerkStadt“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert werden.

Das Projekt „ZukunftsWerkStadt“ war 2012, dem Wissenschaftsjahr zur Nachhaltigkeit, gestartet worden. Norderstedt ist außer Lübeck die einzige Kommune in Schleswig-Holstein, die sich daran beteiligen darf. Innerhalb der Themengruppe „Klima/Energie“ verschrieb sich Norderstedt dem Ziel, bis 2040 zu einer klimaneutralen Stadt (Nullemissionsstadt) zu werden. Federführend organisierte das Amt Nachhaltiges Norderstedt verschiedene Informations- und Diskussionsveranstaltungen zur Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner. Darunter einen zweitägigen Workshop im Rathaus, bei dem die Bürgerinnen und Bürger ihre ganz eigenen Ideen einbringen konnten, wie ihre Stadt und sie selbst es schaffen können, in spätestens 26 Jahren nicht mehr CO₂ zu erzeugen als im Stadtgebiet gebunden wird.

In der Bewertung der Bürgerbeteiligung bescheinigen die Experten von Wissenschaft im Dialog der Stadt Norderstedt, sich Prozessen der „intensivsten Form der Bürgerbeteiligung“ bedient zu haben. Dabei liege die Steuerung der Prozesse ab einem gewissen Punkt zum Großteil in den Händen der Bürgerinnen und Bürger. Das Fazit der Wissenschaftler lautet: „Im Ergebnis lieferten die Projekte der ZukunftsWerkStadt wichtige Erfahrungen und Anstöße für die Gestaltung nachhaltiger kommunaler Entwicklung.“ Langfristig notwendig seien mit Blick auf die Stadtentwicklung eine lokale Beteiligungskultur und ein produktives Miteinander von Kommunen, Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Bundesforschungsministerin Johanna Wanka sagte: „Die Modellprojekte sind als Erfolg zu werten und können Anregung und vor Bild für andere Kommunen sein.“